

Für einen radikalen Neuanfang

Paul Mason in der Debatte – mit Friederike Habermann, Frank Rieger und Hans-Jürgen Urban, moderiert von Mathias Greffrath

Mathias Greffrath: Paul Mason schlägt ja einen großen Bogen, vom Neoliberalismus zum utopischen Sozialismus. „Postkapitalismus“, so der Titel seines neuen Buches, bezeichnet dabei zweierlei: Erstens das, was nach dem Kapitalismus kommt, kommen kann oder kommen soll, und zweitens den Zustand zwischen zwei geschichtlichen Phasen, die die Historiker immer erst hinterher Epochen nennen können. Also eine quälende Übergangszeit. Oder, wie es Gramsci sagte: „Das Alte geht nicht mehr, aber das Neue kann noch nicht geboren werden.“ Und er fügte hinzu, „das ist die Zeit der Monster“. Oder wie Immanuel Wallerstein 2008 schrieb: „Wir müssen uns auf 20 bis 30 Jahre Turbulenz und Unordnung und kurzfristige Lösungen einstellen, aber wir sollten ein ungefähres Bild von dem haben, was dann sein soll, was wir wollen, und wie es entstehen kann.“

Paul Mason geht von der Krise aus, von der auch die „Masters of the Universe“ spätestens seit 2008 wissen: „Das ist nicht eine Krise im Kapitalismus, sondern es ist die Krise des Kapitalismus.“ So Nicolas Sarkozy in Davos 2008. In seinem Vortrag hat Mason die apokalyptischen Reiter genannt – Schulden, Wachstumsschwäche, neofeudale Strukturen, sprich: Panama Papers, Stagnation, wachsende Ungleichheit, internationales Chaos und – jedenfalls bis heute – das Scheitern aller Gegenbewegungen. Dieser Analyse müssen wir uns stellen.

Friederike Habermann, fangen wir bei Ihnen an. In seiner Analyse setzt Mason ganz stark auf die sinkenden Kosten aller Güter, auf die Informationstechnologie – sowohl in der Analyse der Lage, in der er sagt, die IT bringe keine neue stabile Gestalt hervor unter kapitalistischen Bedingungen, aber auch in der Hoffnung auf eine neue Gesellschaft. Da setzt er ja sogar auf einen schärferen Ritt mit Technologie, mit Automatisierung. Wie aber geht das zusammen mit einer *Degrowth*-Strategie, für die Sie plädieren? Welche Akzente würden Sie als Ökonomin – aber auch als Aktivistin, die Sie ja auch sind – anders setzen?

Friederike Habermann: Seit einigen Jahren vertrete auch ich die Auffassung, dass der Kapitalismus, so wie wir ihn kennen, nicht weiter funktionieren kann. Sich das Ende dessen, was wir alle gewohnt sind, bewusst zu machen, ist natürlich bereits eine Schwierigkeit. Gleichzeitig gilt es zu

bedenken, dass zu dem Kapitalismus auch immer koloniale oder postkoloniale, jedenfalls immer noch sehr ausbeuterische Verhältnisse gehören. Mit den Strukturanpassungsprogrammen wurde im Globalen Süden seit den 1980er Jahren an neoliberaler Zerstörung durchgesetzt, was wir jetzt in Griechenland erleben und was auch vor Deutschland nicht Halt machen wird, wenn wir auch im Augenblick noch durch unsere starke Exportposition im Vorteil sind.

All jene aktuellen Politikmaßnahmen, die ganzen ins System gesteckten Billionen bis zu den Negativzinsen der EZB und abenteuerliche Überlegungen wie Helikoptergeld, sind ganz offensichtlich nur Ausdruck des verzweifelten Bemühens, dieses gescheiterte Wirtschaftssystem wieder in Gang zu bekommen. Soweit bin ich mit Paul Mason völlig d'accord.

Wenn ich als Vertreterin eines *Degrowth*-Ansatzes dann aber bei Ihnen höre, alles unter drei Prozent Wachstum sei dürrig, also eigentlich Rezession oder unzureichendes „Gleichgewicht“, dann sehe ich in Ihrer Position natürlich auch keinen Ausweg aus der Wachstumsfalle und der damit einhergehenden Klimaerwärmung. Zwar impliziert Ihr ‚Projekt Null‘ auch null Prozent fossiler Energieträger. Doch es sind nicht nur die fossilen Energieträger, die zum Klimawandel beitragen. Drei Prozent Wachstum bedeuten bis 2050 eine Verdoppelung aller wirtschaftlichen Güter, Dienstleistungen, also des gesamten Outputs – obwohl wir bis dahin den CO₂-Ausstoß radikal reduziert haben müssen, wenn wir der Klimaerwärmung doch noch Einhalt gebieten wollen. Wenn man das Dreiprozentwachstum noch einmal weiterdenkt, dann landet man in 101 Jahren bei einer Verzwanzigfachung des aktuellen Bruttoinlandprodukts. Bedenkt man, dass wir im letzten Jahr den „*Overshoot Day*“ bereits am 13. August hatten – also den Tag, an dem wir eigentlich schon sämtliche uns für das Jahr unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten zur Verfügung stehenden Ressourcen aufgebraucht haben –, dann zeigt dies die ganze Unhaltbarkeit dieses Dreiprozentansatzes.

Was die Null-Grenzkosten-Gesellschaft anbelangt, deren Herleitung ich bei Rifkin immer ein bisschen dürrig fand, erklären Sie das Phänomen in Ihrem Buch fundierter, gerade auch unter Einbeziehung der Arbeitswerttheorie. Hier liegt auch die größte Überschneidung zu dem, was ich in meinem neuen Buch „*Ecomony*“ nenne.¹ Im Grunde ist es dieselbe Perspektive, allerdings mit einem entscheidenden Unterschied: In Ihrem Buch bringen Sie das Beispiel der Antibabypille. Erst kommt die neue Technik, und darauf folgt die Frauenbefreiung, sprich: sexuelle Befreiung und Emanzipation. Das ist der kausale Zusammenhang, den man bei Ihnen findet. Nun kann man heute ziemlich einfach sehen, dass Frauen durchaus nicht unbedingt die Antibabypille benutzen müssen, um sich als sexuell befreit zu begreifen. Das, was sich gesellschaftlich verändert hat, das ist das Patriarchat, und das ist das Ergebnis einer Veränderung im Alltagsverstand.

Ich vermisse daher – anstelle des starken Technikbezugs – die Frage nach den Leitlinien, den Grundsätzen einer postkapitalistischen Gesellschaft.

1 Friederike Habermann, *Ecomony: UmCARE zum Miteinander*, Sulzbach 2016.

Und das sind für mich vor allem zwei: Einerseits die Idee der *Commons*, also das deutsche Wort Allmende, eines anderen Wirtschaftens mit Gemeingütern, um das es seit einigen Jahren sehr viel Diskussion gibt. Deshalb mein Wortspiel mit „Ecommony“, was besagen soll, dass Wirtschaft gesamtgesellschaftlich denkbar ist, so wie Paul Mason das auch sagt, und dass dafür *Commons* sehr zentral sind.

Bei den *Commons* ist es sehr wichtig, eine Unterscheidung zu machen, die es im Englischen so gar nicht gibt. Im Deutschen kann man zwischen Besitz und Eigentum unterscheiden. Besitz ist das, was man gebraucht, und Eigentum ist das, was man abstrakt „zu eigen“ hat. Der Mieter ist der Besitzer, und die Vermieterin ist die Eigentümerin. Doch durch die von Paul Mason beschriebenen Prozesse in der digitalen Gesellschaft – oder im virtuellen Informationskapitalismus – löst sich das Eigentum auf. Wobei übrigens der Gedanke, dass Menschen andere von nicht genutztem Eigentum ausschließen können, auch historisch eine erstaunlich junge Erfindung ist.

Das Ende der Tauschlogik

Die zweite zentrale Unterscheidung für die postkapitalistische Gesellschaft ist die zwischen Beitragen und Tauschen. Die Idee der Null-Arbeit als Zielsetzung in der Informationsgesellschaft bei Mason bedeutet ja auch, dass die Tauschlogik aufgehoben ist.

Je länger ich mich damit beschäftigt habe, umso wichtiger wurde mir, dass wir ja nicht nur in unseren Konsumgütern beschränkt werden, sondern auch in unseren Tätigkeiten. Marx sagt ja, wenn wir alle den gleichen Lohn bekommen würden, dann wäre bloß die gesamte Gesellschaft der Kapitalist, aber es würde sich nichts Grundsätzliches an unserer Form der Tätigkeit ändern. Es geht also um die Befreiung unserer Tätigkeit, aus Lust und Notwendigkeit. Ich nenne es eine „UmCARE zum Miteinander“. *Care* wie Sorgearbeit, weil in der feministischen Diskussion Lust und Notwendigkeit zusammenfallen können, etwa wenn wir uns um das Baby kümmern. Was ist hier Arbeit, was ist nicht Arbeit? Das lässt sich nicht so klar unterscheiden. Dennoch halten wir sehr stark an der Unterscheidung von Arbeit und Nichtarbeit fest, obwohl ich mich immer frage: Hat sich Marx, als er „Das Kapital“ geschrieben hat, im ‚Reich der Notwendigkeit‘ befunden oder im ‚Reich der Freiheit‘? Es war Arbeit, doch ist er darin nicht auch aufgegangen, hat es ihm vielleicht sogar sehr viel Spaß gemacht? Und hat seine Frau, die währenddessen die ganzen Kinder betreuen musste, dann nicht gearbeitet? Hier ist ja ziemlich offensichtlich, dass die klassische Unterscheidung von Arbeit und Nichtarbeit nicht taugt.

Schließlich finde ich es auch sehr wichtig, angesichts der von Mason beschriebenen Veränderungsnotwendigkeiten nicht nur zu sagen: Ja, der Staat sollte das jetzt mal machen. Der Staat wird es nicht richten, weil die Machtverhältnisse ganz anders sind! Der Staat wird es nur machen, wenn wir in unserem Alltagshandeln neue Logiken leben und uns bewusst

machen, wohin wir mit diesen neuen Logiken gehen könnten. Worauf es daher ankommt, ist, in unserem Alltag – da, wo wir stehen – eben diese Logiken auszuprobieren und dadurch die Gesellschaft zu verändern. Dann kann vielleicht sogar der Staat nachfolgen.

Mathias Greffrath: Lieber Frank Rieger, die Informationstechnologie spielt ja die zentrale Rolle in Paul Masons Ansatz – und zwar eine doppelte: erstens als die wichtigste Grundlage einer Gesellschaft des Überflusses. Und zweitens: Die Informationstechnologie ermöglicht Befreiung. Da sprengen, um es marxistisch zu sagen, die Produktivkräfte die Produktionsverhältnisse. Gehen Sie da mit? Denn in Ihren Veröffentlichungen, vor allem in Ihrem letzten Buch², dominiert eigentlich für mich die dunkle Seite: von Monopolen, von steigender Arbeitslosigkeit, von Grundeinkommen im Grunde als einer schabigen Automatisierungsdividende, und von hoch prekären sozialen Netzwerken, die eine miserable Ersatzgesellschaft werden für all jene, die an der produktiven Gesellschaft nicht mehr teilnehmen. Ist Mason also zu optimistisch?

Frank Rieger: An einigen Stellen, denke ich, schon. Die entscheidende Frage ist ja, wie wir den Übergang zu einer Gesellschaft schaffen, in der es diesen dritten, den kooperativen, postkapitalistischen Zweig gibt. Paul Mason irrt, wenn er die Open-Source-Bewegung als ein Beispiel dafür ansieht. Viele der Programmierer, die daran teilnehmen und einen Großteil der Inhalte für den Open Source schreiben, machen das nicht in ihrer Freizeit, sondern sie werden von großen Unternehmen dafür entlohnt. Dafür muss man sich nur zum Beispiel den Linux-Kernel angucken oder auch alle möglichen anderen großen Open-Source-Projekte wie Firefox: Die allergrößten Teile der produzierten Codebase werden von großen Unternehmen bezahlt, die Open Source – und die Möglichkeit, dass jeder damit machen kann, was er will – als ein Mittel des Konkurrenzkampfes betrachten, um Microsoft, das das gegenteilige Modell verfolgt, die Luft abzdrehen. Wir dürfen also nicht blauäugig hingehen und sagen: Okay, da gibt es offensichtlich eine Welt, in der die Leute freiwillig gewisse Dinge tun, und das funktioniert ja auch ökonomisch. Dem ist in der Regel nicht so, im Gegenteil: Ökonomische Modelle zu entwickeln, die als Kooperativen oder als Genossenschaftsmodelle funktionieren, ist leider auch in der Informationstechnologie ein steiniger Weg. Wir müssen den gehen, da bin ich ganz bei Paul, aber wir sollten uns da nicht an Beispielen orientieren, deren ökonomische Grundlage eine ganz andere ist.

Schauen wir uns weiter an, welche Auswirkungen es hat, wenn eine Tätigkeit in allen ihren Aspekten digitalisiert wird. Dann wird sie automatisch zur Mindestlohtätigkeit. Die Informationstechnologie spielt also eine höchst „prekäre“ Rolle bei der Prekarisierung von Arbeit.

Und zwar aus zwei Gründen: Zum einen wird die Arbeit vergleichbar. Indem ich das, was jemand leistet, genau erfasse, kann ich ihn mit irgendjemand anderem auf dem Markt problemlos vergleichen. Und der zweite, gern übersehene Aspekt ist, dass, wenn die erfassten Daten gut sind, ich in der

2 Constanze Kurz und Frank Rieger, *Arbeitsfrei. Eine Entdeckungsreise zu den Maschinen, die uns ersetzen*, München 2013.

Regel auch künstliche Intelligenz darauf ansetzen, also sie damit trainieren kann. Das heißt, die Abfolge ist: erst Prekarisierung – und dann Wegautomatisierung. Das einzige, was (derzeit) noch dazwischen steht, ist unser Wille, lieber mit Menschen als mit Computern zu interagieren oder zu reden. Aber wenn Sie einmal versuchen, mit „jemandem“ bei Google oder bei eBay zu reden, wird Ihnen sehr schnell klar, dass diese Zeit eigentlich auch schon lange vorbei ist.

Positionen und Modelle für die Zeit der kommenden Krise

Was ich bei Paul Mason sehr positiv finde – und was seine Botschaft so wichtig macht –, ist der Anspruch, dass wir als emanzipatorische Linke in der Lage sein müssen, Positionen und Modelle zu entwickeln, die für die Zeit der großen Krise Stabilität versprechen. Am Ende ist es genau das, woran die Linke immer gekrankt hat: ein Modell an die Wand malen zu können, wie ein zumindest auskömmliches Wirtschaften und Leben für dich und deine Kinder aussehen könnte, auch und gerade, wenn du nicht mehr die Chance hast, zu dem einen Prozent zu gehören. Diese Botschaft kann nur über kommunale, über Genossenschaftsmodelle, über Methoden des gegenseitigen Wirtschaftens funktionieren, die nicht unbedingt auf Profit ausgerichtet sind. Zum Glück haben wir in Deutschland ja eine Reihe von Unternehmen, die es probieren, in teilweise esoterischen Ecken. So gibt es in Hamburg eine große Kollektivwirtschaft, die mit relativ überschaubarem Wachstum Cola produziert, als genossenschaftliches Modell.

Wir haben auch eine lange Tradition der Genossenschaften in Deutschland, die teilweise aus den 1920er Jahren kamen und die von den Nazis mit als erste erledigt wurden. An diese Tradition gilt es anzuknüpfen und zu gucken: Was haben die damals eigentlich gemacht, welche guten Ideen hatten die eigentlich? Welche Methoden des Wirtschaftens auf Gegenseitigkeit haben wir eigentlich schon mal ausprobiert und hatten gute Erfahrungen damit?

Ich glaube, das ist etwas, wo wir noch viel mehr Energie reinstecken müssen. Diese Projekte sind allerdings häufig (noch) relativ undigital – wo wir also tatsächlich digitale Technologien noch besser nutzen können und wo die Möglichkeiten der Informationsvernetzung wichtig sind, um zum Beispiel in kleinen Nischen, die aber über viele Länder vernetzt sind, erfolgreich arbeiten zu können. Allerdings sollten wir uns bei alledem nicht der Illusion hingeben, dass wir so eine kollektivistische oder genossenschaftliche Wirtschaft allein im digitalen Raum aufbauen können, sondern wir können die Informationstechnologie maximal als Werkzeug benutzen.

Mathias Greffrath: Mit Hans-Jürgen Urban als „unserem Mann von der IG Metall“ betreten wir jetzt die politische Arena im engeren Sinne, wenn ich das so sagen darf.³ Nach Ansicht von Paul Mason kann sich der Kapitalismus

3 Siehe u.a. Hans-Jürgen Urban, *Der Tiger und seine Dompteure. Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus*, Hamburg 2013.

diesmal nicht der Entwicklung anpassen, weil, so seine Analyse, die Informationstechnologie das Wertgesetz zersetzt und weil es kein historisches Subjekt mehr gibt, also keine Arbeiterklasse oder deren diffuse Nachfolger, die den Kapitalismus zwingen, in Reaktion auf den technologischen Fortschritt neue Formen der Produktivität zu entwickeln und damit eine neue Stufe – technologisch, aber auch zivilisatorisch – zu erreichen. Aber, so meine Frage, kann es nicht einfach noch so weitergehen, zumindest ein paar Jahrzehnte, ohne dass sich die geeigneten Kräfte für eine neue Gesellschaft finden? Das ist die große alte Frage nach dem historischen Subjekt.

Hans-Jürgen Urban: Und die kriegt der Gewerkschafter...

Mathias Greffrath: Ja, wer denn sonst?

Hans-Jürgen Urban: Also gut, ich will auch gerne darauf antworten. Aber vorweg, damit das bei den kritischeren Tönen danach nicht untergeht, will ich betonen, dass ich mich über dieses Buch sehr gefreut habe. Ich habe es mit großem Gewinn gelesen und teile weite Passagen der Analyse. Auch viele der vorgeschlagenen Politikforderungen sind mir sehr sympathisch. Doch am meisten bewundere ich den durchgreifenden Optimismus, der das Buch und auch das Referat von Paul, das wir gerade gehört haben, durchzieht. Etwa auf die Idee zu kommen, dass die internationale Sozialdemokratie – damit auch die deutsche – sich von links erneuert und zum aktiven Akteur des Postkapitalismus wird; also, das geht nur auf der Grundlage eines Optimismus, den man einfach nur bewundern kann.

Mathias Greffrath: Ich dachte schon, Sie wollten sagen, das geht zu weit.

Hans-Jürgen Urban: Nun ja, wir werden sehen. Ich möchte aber einen anderen Punkt machen und eine Spannung in Masons Argumentation ansprechen, in der ich eine Schwachstelle sehe. Ich habe den Eindruck – und ich habe Paul Mason aufmerksam zugehört –, dass der angesprochene Optimismus auch ein anderes Problem mit sich bringt, weil er zu einer Annahme verleitet, die meines Erachtens nicht zu halten ist. Sie lautet: „Jetzt ist es aber wirklich endlich so weit, jetzt hat der Kapitalismus sich so sehr in seinen Fußangeln verfangen, dass er da nicht mehr rausfindet.“ Und diese Annahme, dass es jetzt wirklich keinen Ausweg mehr gibt, verleitet dann zu der Schlussfolgerung, dass es keinen wirkungsmächtigen Akteur braucht, der den Transformationsprozess in Angriff nimmt, der diesen wackelnden Kapitalismus wenigstens schubst und der aufpasst, dass er nach links und nicht nach rechts kippt. Und der sich schließlich darauf vorbereitet, dass nach dem Kippen nicht die alten reaktionären Kräfte wiederkommen, das Ruder übernehmen und das entstandene Vakuum auf eine ganz andere Weise füllen – nicht im Sinne einer positiven, humanistischen, postkapitalistischen Gesellschaft, sondern durch zutiefst autoritäre Strukturen.

Diese unzulängliche Aufmerksamkeit für die Akteurskonstellationen in Niedergangs- und Aufbauphasen, die wohl auf der überzogenen Hoffnung auf die selbstdestruktiven Kräfte des Kapitalismus beruht, halte ich für eine politische Leerstelle bei Paul Mason, die durchaus prekäre Folgen zeitigen könnte. Und ich befürchte, dass wir gegenwärtig schon die ersten Anzeichen dafür sehen, dass der Kapitalismus zwar nicht seine Krise überwindet,

aber durchaus wieder Wege findet, um sein Überleben zu organisieren. Mit anderen Worten: Ja, die politischen und ökonomischen Eliten sind orientierungslos, aber sie sind immer noch nicht machtlos. Und ich warne davor, ihre Muddling-Through-Kompetenz zu unterschätzen.

Mason argumentiert, der Gegenwartskapitalismus fände keine neue Formation, die Wachstumsdynamik und Stabilität zurückbringen könnte. Aber: Könnte es nicht sein, dass das neue kapitalistische Modell, das dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatskapitalismus der Nachkriegsära und dem neoliberalen Wettbewerbskapitalismus der letzten drei Jahrzehnte folgt, ein autoritärer Stagnationskapitalismus ist? Der wäre natürlich noch stärker von inneren Widersprüchen und Konflikten gekennzeichnet, also noch unappetitlicher als der gegenwärtige, aber er könnte durchaus eine gewisse Zeit lang funktionieren. Und das dadurch, dass er sich neue Sphären des Profits und der Herrschaftssicherung erschließt.

Kapitalistische Landnahme

Paul Mason hat auf Rosa Luxemburg verwiesen. Luxemburg bringt diese Tendenzen der Selbstaktivierung durch Ökonomisierung und Erschließung neuer Verwertungsfelder im Begriff der Landnahme auf den Punkt. Der Kapitalismus regeneriert und stärkt sich, indem er Land nimmt, durchaus im geografischen Sinn, indem er neue Märkte erschließt und so weiter. Der Jenaer Soziologe Klaus Dörre arbeitet mit dem Begriff der Landnahme, allerdings weniger im räumlichen Sinne, sondern zur Analyse einer eher internen Durchdringungsdynamik im Gegenwartskapitalismus. Der Kapitalismus betreibt heute Landnahme durch Eroberung der Systeme der sozialen Sicherheit, indem er die Rente oder die Gesundheitsvorsorge privatisiert. Und: Er durchdringt auch die neuen Räume der digitalen Kommunikation, die Internetökonomie. Das Internet wird, wie wir früher gesagt hätten, in Wert gesetzt und durchökonomisiert, mit entsprechenden Folgen. Es bilden sich vermachtete Märkte, die Arbeitsbedingungen werden prekär und so weiter. Und schließlich: Ist wirklich auszuschließen, dass das, was heute unter dem Stichwort Industrie 4.0 in Form eines Hypes debattiert wird, zu einer zeitweisen Überwindung von Wachstums- und Produktivitätsgrenzen beiträgt? Es könnte also durchaus sein, dass der Kapitalismus wieder einmal Methoden findet, die dazu führen können, dass das Ganze sich – mehr schlecht als recht, vielleicht mit weniger Produktivität, vielleicht mit weniger Wachstum – am Leben hält.

Wenn aber Wachstum und Produktivität im neuen Kapitalismus nicht mehr genug hergeben, um die Menschen über Arbeit, Konsum und soziale Sicherheit zu integrieren, dann könnte die Sache autoritär werden, könnte sich der tief in die Strukturen eingeschriebene Konflikt zwischen Kapitalismus und Demokratie zurückmelden. Ich will das nur andeuten, aber wenn ich mir die Europäische Union und den zunehmend autoritären Charakter der Austeritätspolitik anschau und die Versuche, alles zu unterdrücken, was es an pro-

gressiven Rebellionen gibt – Stichwort Syriza-Regierung in Griechenland –, dann schwant mir ein Modell, das leider doch länger dauern könnte, als wir es uns wünschen.

Wenn dem aber so ist, dann ist die Frage nach dem progressiven Subjekt doch viel dringlicher, als sie in Paul Masons Buch vorkommt. An verschiedenen Stellen deuten Sie an, dass der moderne, der vernetzte Mensch der neue Agent der Veränderung ist. Und an einer anderen Stelle im Buch heißt es sinngemäß: Es braucht keinen strategischen Plan, das ist das Konzept der alten Linken. Wir müssen auf ein modulares Projekt setzen.

Das sind alles sehr interessante Andeutungen, aber ich befürchte, dass sie nicht reichen werden. Denn durch Dezentralität und Spontaneität allein entsteht er nicht, der handlungsmächtige, machtorientierte, wirklich durchsetzungsmächtige Akteur, den es aus den oben genannten Gründen braucht. Sicher scheint mir dagegen eins: Der Kapitalismus wird nicht wegen engagierten Demonstranten mit Kerzen in der Hand abtreten und sagen „Schluss, es reicht“. Die Eliten werden sich wehren – deshalb braucht es eine *Counter-vailing Power*, oder die ganze Sache geht schrecklich schief.

Und das führt mich zu meinem letzten Punkt. Ich komme ja wohl nicht darum herum, in diesem Kontext etwas zu den Gewerkschaften zu sagen. Paul Masons Bücher wie auch seine Biographie sind sehr stark von den britischen Erfahrungen geprägt, speziell von der Defensive der Gewerkschaften und der gesamten Arbeiterbewegung. Tatsächlich hat sich die (einst so durchsetzungsfähige) britische Gewerkschaftsbewegung von ihrer Zerstörung in der Thatcher-Ära nie so recht erholt. Und die Diagnose der Defensive trifft ja leider nicht nur auf England zu, sondern fast auf ganz Europa und auf die anderen Zentren des Kapitalismus.

Ich finde Paul Masons Buch auch deshalb so produktiv, weil es natürlich auch die Gewerkschaften herausfordert. Was könnte die Rolle der Gewerkschaften sein, wenn der Kapitalismus sich festgefahren hat und wenn es einen Akteur für progressive Veränderungen braucht? Der zentrale Punkt bei Mason ist: Die Gewerkschaften sind deswegen kein wirkungsmächtiger Akteur mehr, weil ihnen schlicht und einfach die Macht fehlt. Daher der Niedergang der Löhne, daher das Versagen bei der (Um-)Verteilungsfrage.

Daraus folgt dann doch: Die zentrale Aufgabe, vor der die Gewerkschaften stehen, ist es, neue Durchsetzungsfähigkeit zu generieren, also: Revitalisierung zwecks Gewinnung neuer Macht. Das ist eine Herkulesaufgabe, an der wir uns schon lange abmühen. Was braucht es dazu? Ich sehe vor allem drei Anforderungen. Erstens: Die Gewerkschaften müssen sich in den neuen Sphären der digitalen Ökonomie und in den Bereichen drum herum gewerkschaftspolitisch verankern. Dafür braucht es *Organizing*-Strategien, es braucht gewerkschaftliche Gegenmacht, es braucht Bargaining Power. Gewiss, wir diskutieren wie die Verrückten über Industrie 4.0 – mit mehr Fragen als Antworten. Aber eins ist klar: Die neuen ökonomischen Sektoren sind bisher weitgehend gewerkschaftsfrei, sie sind Horte der prekären Arbeit und der Vereinzelung der Arbeitenden. Wenn die Gewerkschaften hier nicht erfolgreich gehalten, wird's nichts werden mit neuer Macht.

Zweitens: Die Gewerkschaftsbewegungen müssen sich systematischer und stärker als bisher gegenüber anderen progressiven Bewegungen in den Gesellschaften des Gegenwartskapitalismus öffnen. Das lehrt uns auch die Vergangenheit: Ohne Öffnung zur Frauenbewegung hätten die Gewerkschaften nicht den Fortschritt – wie immer man ihn einschätzen mag – an genderpolitischem Bewusstsein entwickelt. Ohne Zugehen auf die Ökologiebewegung hätten es die Gewerkschaften alleine nicht geschafft, Fragen der Ökologie in die Gewerkschaftspolitik hineinzutragen, wie defizitär das bis heute auch sein mag. Und ohne die globalisierungskritische Bewegung hätten sich die Gewerkschaften viel schwerer getan, die Schattenseiten der Globalisierung bei uns und in anderen Teilen der Welt zu erkennen und auf sie zu reagieren. Die Öffnung für Impulse von außen ist unverzichtbar, weil geschlossene Organisationen zur Abwehr unangenehmer Erkenntnisse neigen. Das gilt auch umgekehrt: Die Gewerkschaften haben den genannten Bewegungen auch etwas zu bieten – an Organisations-, an Diskurs- und an Kampferfahrungen. Ich stelle mir das also als eine Kooperation zu gegenseitigem Nutzen vor.

Transnationale Solidarisierung tut not

Und die dritte Aufgabe lautet: Transnationalisierung. Fast alles, was es an Restbeständen gewerkschaftlicher Macht gibt, ist nationalstaatlich gebunden. Das aber wird dem heutigen Stand der Globalisierung nicht gerecht. Klar ist auch: Die Transnationalisierung muss über verschiedene Kanäle laufen – über Interessenvertretung in den transnationalen Konzernen, über gemeinsame Organisationsstrukturen, aber – und vor allem – über die Organisation des transnationalen Widerstands gegen die verheerende Austeritätspolitik in der EU. In der Flüchtlingsfrage und in der immer noch schwelenden Eurokrise wird nicht nur über Sachfragen entschieden, es sind Weichenstellungskonflikte, die über den zukünftigen Entwicklungspfad Europas entscheiden. Bisher ist das Austeritätsregime die größte Hürde für einen humanistischen Postkapitalismus. Das muss sich viel stärker als bisher auch in der Politik der Gewerkschaften niederschlagen.

Mathias Greffrath: Das sind jetzt ja drei ganz schöne Bälle – wollen Sie sie spielen? Do you want to play these three balls?

Paul Mason: Zunächst einmal möchte ich sagen, dass es eine Freude ist, ausnahmsweise einmal von links kritisiert zu werden. Denn in meinem Land kritisierten vor allem jene das Buch, die auf der rechten Seite stehen. Andere Einwände, die ich hier auch nicht gehört habe – höchstens in Anklängen – richteten sich dagegen, dass ich in diesem Buch nicht nur versuche, die Sprache der Mainstream-Wirtschaftswissenschaften und der offiziellen Politik zu verwenden, sondern auch die Formen nicht zu verklären, die die ersten Gehversuche in Sachen kooperative Wirtschaftsweise und Allmende bisher angenommen haben. Ich bin nämlich nicht überzeugt, dass diese Formen auch in – sagen wir – 20 Jahren noch Bestand haben werden. Deshalb

kommen Wendungen wie *Peer-to-Peer* oder das Wort *commons*, Allmende, in meinem Buch in der Tat kaum vor. Nicht, weil ich sie ablehne, sondern weil andere Leute mehr davon verstehen als ich. So arbeitet einer meiner ständigen Gesprächspartner, Michel Bauwens, für die Peer-to-Peer-Foundation; wichtig waren aber auch der Internetexperte Clay Shirky oder Yochai Benkler, der als Erster die Kooperativwirtschaft als neue Wirtschaftsweise beschrieben hat. In meiner Arbeit habe ich mich zunächst mit ihnen auseinandergesetzt, aber dann versucht, in die Welt der Makroökonomie zurückzukehren. Auf die größten Schwierigkeiten stößt das Null-Grenzkosten-Konzept nämlich in der Makroökonomie und nicht dort, wo es kommunal oder in einer Genossenschaft selbst praktiziert wird.

Worin unsere Auffassungen am weitesten auseinandergehen, das ist die Wachstumsfrage als solche. Ich weiß, dass die deutsche Linke und die grüne Bewegung große Stücke auf das Degrowth-Szenario hält. Ich würde das so sehen: Einiges, was dort angestrebt wird, kann faktisch durch technologische Innovation erreicht werden. Ich weiß nicht, wie das bei Ihnen war: Bei uns wurden, als ich anfang, mich mit Computern zu beschäftigen, Präsentationen gezeigt, die uns demonstrieren sollten, wie dick das Glasfaserkabel sein müsste, das den ganzen auf uns zukommenden Datenverkehr bewältigen könnte. Das fing in der Powerpoint-Präsentation klein an, aber am Ende entwickelte sich die Kurve so, dass es nach einem gigantisch dicken Kabel aussah. Bekanntlich waren so dicke Kabel nicht nötig, weil für beide Enden Umschalter entwickelt wurden. Das Kupferkabel bei mir zu Hause transportiert daher heute 40 Megabits an Daten pro Sekunde, während es früher nur zwei Megabits waren, weil die Technologie an beiden Enden anders war. Für mich ist das eine Art Metapher, die veranschaulicht, dass wir mehr Effizienz und Wohlbefinden erreichen können, ohne wesentlich mehr von den Ressourcen dieser Erde zu verbrauchen. Ich akzeptiere allerdings den Einwand, dass das vielleicht nicht funktioniert; und obwohl meine Version dieser Theorie, offen gestanden, ziemlich ex-marxistisch ist, weil ich vom Marxismus her komme, den ich in großen Teilen weiterhin für richtig halte, gestehe ich deshalb auch zu, dass Sie bis zu den Fundamenten meiner Vorstellung zurückgehen und sie dann mit einem *Degrowth*-Modell neu aufbauen könnten. Ich denke, eine *Degrowth*-Version dessen, was ich verfechte, ist möglich, würde aber vielleicht nicht die Ergebnisse bringen, die ich gern hätte – Ihnen würden sie dagegen wahrscheinlich besser gefallen.

Okay, aber sehen Sie: Das Letzte, was irgendwer von uns tun sollte, ist aufstehen und behaupten: Ich habe die Antwort. Die frühen Sozialisten zur Zeit der Frühindustrialisierung hatten teils recht abwegige, richtig dumme Ideen, die sich schon innerhalb von 30 Jahren als falsch erwiesen. Trotzdem hatten sie letzten Endes alle im Großen und Ganzen die richtige Vorstellung. Aus der Geschichte lernen, heißt somit, denke jedenfalls ich, zu lernen, dass man die definitive Antwort nun einmal nicht wissen kann.

Eben deshalb beschreibe ich im letzten Kapitel – „Project Zero“ – meine Zukunftsvorstellung als Projektplan, als eine Art Planskizze, und umreiße, was die Bestandteile des Projekts sein müssten. Ich greife gern den Hinweis

von Friederike Habermann auf das Beispiel Antibabypille auf. Mir dient dieses Beispiel als Versuch einer Periodisierung der Entwicklung. Aber Ihr Kommentar trifft, denke ich, einen Punkt: Wir sollten keinem technologischen Determinismus verfallen. Denn sonderbarerweise war es Janet Yellen, die heutige Vorsitzende der US-Zentralbank, die als erste Wissenschaftlerin die ökonomischen Auswirkungen der Pille quantifiziert hat. Sie spricht von einem reproduktiven Schock. Und sie hat gezeigt, wie die Zahl der weiblichen Jura-Absolventen von 10 Prozent in der 1970er Kohorte binnen zehn Jahren auf 30 Prozent angestiegen ist. Sicher, ein Kausalzusammenhang ist nicht gleichbedeutend mit einer Wechselbeziehung, da haben Sie recht, aber wenn die Entwicklung einmal in Gang gekommen ist... Das heißt: Die menschliche Seite der Revolution kann die technologische überwinden oder ablösen.

Der Postkapitalismus wird die Menschen befreien

Vielleicht habe ich in meinen einführenden Bemerkungen nicht genug betont, dass ich – und da unterscheiden wir uns möglicherweise – auf den Systemcharakter abhebe: Der Feudalismus war ein ökonomisches System, das auf nichtökonomischen Faktoren basierte, in erster Linie auf Verpflichtung und Gewalt. Der Kapitalismus funktioniert auf der Basis ökonomischer Faktoren, Marktfaktoren. Der Postkapitalismus hingegen wird ein Wirtschaftssystem sein, das auf menschlichen Faktoren beruht, denke ich. Seine Dynamik wird deshalb nicht in einem makroökonomischen Lehrbuch zu erfassen sein, weil er die Menschen befreit und sie tun lässt, was sie wollen. Sie werden, wie Marx schrieb, beispielsweise morgens auf die Jagd gehen oder fischen und sich nach dem Essen der Kritik oder der Viehzucht widmen.

Ich glaube, Sie haben auch die Frage der Arbeit angesprochen. Wir kommen da auf einige sehr grundsätzliche Debatten zurück. Marx hat sich mit dem utopischen Sozialisten Charles Fourier darüber auseinandergesetzt, ob Arbeit zum Spiel werden kann. Marx bestritt diese Möglichkeit und forderte deshalb, die Arbeit zu vermindern. Fourier sagte, Arbeit könne durch Erotisierung akzeptabler gemacht werden. Auch in dieser Hinsicht würde ich gerne 101 unterschiedliche Experimente haben, um herauszufinden, was tatsächlich geht.

Sehen Sie, Frank, eine meiner Angstvorstellungen ist, dass jemand wie Xi Jinping oder Larry Page mein Buch liest und einen Plan entwickelt, wie mein Projekt intelligent bekämpft werden kann. Sicher, die müssen das Buch wahrscheinlich gar nicht lesen, weil sie mit der Sache schon einigermaßen vertraut sind. Jeremy Rifkins Buch ist ja stark beachtet worden, auch von Xi Jinping, nein, es war Li Keqiang, der Rifkin zu Gast hatte. Es gibt ein Foto, auf dem die beiden beieinander stehen. Das erschreckt mich, denn was wäre, wenn ein Diktator sagte: Hey Leute, richten wir einen postkapitalistischen Sektor ein!? Das könnte passieren. Auch Ihr Hinweis auf die Open-Source-Nutzung durch Konzerne ist wichtig. Was ist da zu machen? Was können wir

tun? Sollen wir deshalb die Finger von Open-Source-Versuchen lassen? Ich denke: nein. Sie wissen sicher, dass das Android-Betriebssystem, technisch gesehen, Open Source ist. Man hat es so angelegt, um Apple anzugreifen. Da findet ein Kampf statt, weil es echte Open Source gibt und vorgetäuschte. Wäre die Sache echt, würde sie besser funktionieren. Denn wenn eine Million Hirne sich real um die Verbesserung eines Produkts kümmern können – oder meinetwegen zehntausend –, ist das besser, als wenn fünf Typen nur so tun, als setzten sie auf Open Source.

Was die erforderliche Technologie angeht, bleibe ich also Optimist. Ich verstehe sehr gut, wenn wir uns – besonders aus libertärer, computer-libertärer Sicht – Sorgen über den Zugriff von Staat und Konzernen auf unsere Daten machen. Problematisch finde ich nur, wenn das zu einem Klima allgemeiner Zukunftsangst führt. Als Sozialgeschichtler sehe ich darin eine häufige Quelle der Desorientierung für die Linke. Mir wäre es lieb, wir würden uns so intensiv wie möglich darum bemühen, herauszufinden, wie wir uns selbst, nicht unseren Enkelkindern die Story erklären können: Was genau geht da vor sich? Meiner Generation ergeht es wie Kindern, deren Eltern die Story vergessen haben. Verstehen Sie, was ich meine? Wir haben keine Story.

Ich war einmal – mit gewerkschaftlichem Hintergrund – Mitglied der äußersten Linken, Aktivist im großen Bergarbeiterstreik und danach im Druckerstreik. Als Aktivist, der von außen kam, als Agitator. Und dann sehen musste, wie diese Kultur, diese Gemeinschaften zerstört wurden, die Gewerkschaften, die Selbstorganisation der Arbeitenden. Dann der Zusammenbruch der Sowjetunion... Ich habe die Sowjetunion nie unterstützt, wissen Sie: Ich habe sie gehasst. Ich wollte eine Revolution gegen den Stalinismus. Aber dann zu sehen, wie die Globalisierung die Bevölkerung so schrecklich atomisiert... Wir haben schon seit langer Zeit keine Story mehr! Wie in meinen bisherigen Büchern, die sich mehr mit Aspekten der *agency* in den vernetzten Kämpfen befassen, die wir seit einiger Zeit erleben, geht es mir auch in dem Postkapitalismus-Buch ganz einfach um die Frage: Können wir uns auf ein Projekt verständigen und einen Träger, ein Subjekt der Veränderung finden, das dieses Projekt realisiert?

Kommen wir zum letzten Punkt, zum Thema „Trade Unionismus“. Wenn sie zur britischen Linken gehören, ist so ziemlich die erste und sicher die längste deutsche Vokabel, die sie jemals lernen, Lenins berühmtes Wort von der „Nur-Gewerkschafterei“, eben dem „Trade Unionismus“ oder „Ökonomismus“. Was Lenin damit sagen wollte: Gewerkschaften können nur gewerkschaftliche Aufgaben bewältigen. In meinem Buch versuche ich – auch wenn der Verlag mich da zu Kürzungen überredete – ziemlich ausführlich zu begründen, warum Lenin hier meiner Meinung nach irrte. Meine These ist, dass das spontane Bestreben der Arbeiterklasse seit 200 Jahren weder auf die bloße Reform noch auf einen revolutionären Sturz des Kapitalismus insgesamt zielte, sondern auf dessen Kontrolle und darauf, Freiräume innerhalb des Kapitalismus zu schaffen. In der Untersuchung, die ich über die Obleute-Bewegung hier in Berlin während der Revolution 1918/19 und darüber hinaus vorgenommen habe, habe ich die Obleute, die „Shop Stewards“,

als die ewigen Wechselwähler der Linken charakterisiert. Sie führen die Revolution an, aber eine Form des Kommunismus, die der Klasse fremd ist, können sie nicht akzeptieren. Was sie am Arbeitsplatz wie auch in der breiteren Gesellschaft schaffen wollen, ist – genau wie es die deutsche Sozialdemokratie ursprünglich erstrebte –, Kontrollmacht. Das ist meiner Meinung nach die spontane, die echte „Nur-Gewerkschafterei“. Das ist die begrenzte Spontaneität der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des Kapitalismus.

Möglicherweise geht es dem vernetzten Individuum von heute genauso. Vielleicht wollen Sie alle, die Sie hier mit weißen Ohrstöpseln verkabelt in diesem Saal sitzen, lediglich Zonen der Selbst- und Mitbestimmung innerhalb des Kapitalismus sein. Aber was bedeutet das für die Gewerkschaften?

Es heißt heute immer »Ich«

Ich war Gewerkschaftsvertreter bei der BBC. Als ich einen indischen Textilgewerkschafter interviewte, war es ein Befreiungserlebnis, festzustellen, dass sie dort das gleiche Problem hatten wie ich – genau das gleiche Problem. Jeder, der über Vierzig ist, klopft, sobald er seine neue Arbeitsstelle antritt – neuer Arbeitsplatz, neue Abteilung –, an deine Tür und sagt: „Wo ist die Gewerkschaft? Wo soll ich meinen Beitrag zahlen? Ich möchte nicht einen Tag versäumen.“ Aber jede(r) unter Fünfundzwanzig oder Dreißig sagt: „Ich kann mir keinen Gewerkschaftsbeitrag leisten. Das ist nichts für mich. Ich habe nichts gegen gewerkschaftliche Organisation, aber ich persönlich kann mir das einfach nicht leisten. Und überhaupt: Was hat man davon?“ Dann sagst du: „Du kriegst das freie Wochenende, Bankfeiertage, Gesundheit und Sicherheit.“ Aber das hilft nichts. Nur, irgendwann klopft es an deine Tür und du hörst: „Jemand hat mich belästigt.“ Oder: „Ich hab' den Job, den ich wollte, nicht gekriegt.“ Oder: „Mich hat jemand beleidigt.“ Was ich damit sagen will: Es heißt immer „Ich“. Irgendwann müssen wir in den Gewerkschaften begreifen, was da vor sich geht. Diese Leute sind nicht etwa vernagelt oder degeneriert. Die Fabrik ist eben für sie nicht die ganze Welt. Und ihr Selbstverständnis ist nicht durch die Arbeit definiert. Eben deshalb können die Gewerkschaften in der Gesellschaft nicht alles leisten. Gewerkschaften müssen nach wie vor verhandeln, sie müssen sozialistische Parteien formen und sie dazu bringen, gute Politik zu machen, nicht schlechte. Aber Gewerkschaften haben eine Vorstellung davon, was heute gleichbedeutend mit „Nur-Gewerkschafterei“ ist. Auch heute heißt es, ganz wie im Jahre 1920: Man braucht Gewerkschaften, wohlgesinnte Gesellschaften, eine sozialistische Partei – all das wird gebraucht. Aber darüber hinaus braucht man die Einbindung ins Netzwerk, eine Verwurzelung unter Menschen, die es gewöhnt sind, herumzuschwirren, und die nur zeitweise kämpfen.

Wir hatten ein Interview mit einem ausländischen Anarchisten, der in England arbeitete und dort versucht hatte, „Pret a Manger“-Beschäftigte zu organisieren. Gibt es hierzulande „Pret a Manger“? Nein? Eine rasch expandierende Kette, die mal zu McDonalds gehörte und jetzt Fast Food für

Anspruchsvollere serviert. Der Geschäftsführer sagte uns: „Ich weiß, welche Sparten am profitabelsten sind, nämlich die, wo die Mitarbeiter freundschaftlich miteinander umgehen und lächeln.“ Dahinter steckt aber, dass die Firma Testkunden einsetzt. „Wenn da jemand nicht lächelt, wenn Beschäftigte nicht freundlich zueinander und zu diesem Kunden sind, verliert die gesamte Schicht ihren Bonus. Wer da nicht glücklich aussieht und nicht mitspielt, kann an seinem ersten Arbeitstag fliegen, per Beschluss der Belegschaft, von einem Tag auf den anderen. Es gab, wie gesagt, Versuche, einen Betriebsrat zu bilden, aber die gingen, trotz der extrem repressiven Arbeitsbedingungen, völlig daneben, weil die Belegschaft so atomisiert ist. Selbst der erwähnte Initiator hatte sich schließlich einen Finanzjob gesucht, und als wir ihn interviewten, schreckte er im letzten Moment davor zurück, zu sehr ins Licht der Öffentlichkeit zu geraten.“

Also war die Sache am Ende nicht bloß ein Fehlschlag, sie ging völlig ins Leere. Niemand hat sie dokumentiert. Nur zwei Journalisten berichteten darüber. Und doch hat es diesen Versuch gegeben. Und man kann sich durchaus vorstellen, dass so etwas gelingt. Was bräuchten wir, damit es klappt? Sicher ist, dass auch drei zugereiste Anarchisten nicht genügen würden. Wir bräuchten die größte Gewerkschaft Großbritanniens. Und wir diskutieren jetzt, was man da wirklich tun kann. Ich war am Wochenende in den Niederlanden, um mit der Gewerkschaftsjugend dort genau darüber zu diskutieren: Wir werden in dem Laden aufkreuzen, Flugblätter verteilen und sagen: „Schluss mit dem Lächeln. Ihr braucht nicht zu lächeln. Schluss mit dem Voting out. Ihr braucht nicht zu beschließen, dass jemand fliegt. Ihr müsst sowas nicht tun.“ Warum? Weil ein Kapitalismus, der durch „Testkäufer“, als Kunden getarnte Spione, durchgedrückt werden muss, ein ziemlich seltsamer Kapitalismus ist. In der Anarchistenbewegung gibt es eine Redensart: Wir sind die Krise des Kapitalismus. Jetzt gibt ihr die Realität Recht: weil dieser Kapitalismus nur funktioniert, wenn wir das Spiel, das sie uns aufzwingen, mitspielen.

Gewiss, das ist eine sehr subjektivistische Vorstellung, stark auf die Handlungsbereitschaft und -macht der Einzelnen orientiert. Aber ich denke, es kann die Lösung sein: Wenn wir die Logik darin begreifen, kann sie funktionieren. Wir können jedes Geschäftsmodell, das sich auf Zwang verlässt, auf die Unterdrückung von Arbeiterrechten, von Menschenrechten und Emotionsarbeit, in die Krise stürzen. Wir können nicht unbedingt bestimmen, was dabei herauskommt, aber wir können die Krise auslösen. Und wir sollten es tun. Mein Buch erläutert das. Aber um was der damit einhergehende Kampf sich dreht, liegt – denke ich – auf der Hand.

Mathias Greffrath: Ich sehe ein weiteres Problem, das wir allerdings jetzt bestimmt nicht lösen können, nämlich die Frage, wie wir die IT-Berufe so mit der Gewerkschaftswelt verknüpfen können, dass die Gewerkschaften erstens auf eine neue und starke Weise deren Rechte vertreten und zweitens sogar einen utopischen Gewinn aus dieser Entwicklung ziehen.

Doch in der Zeit, die uns bleibt, würde ich ganz gerne noch einmal auf die Bündnisfrage kommen. Denn letztlich ist es ja auch ein Buch über Bündnisse, die anzustreben sind oder die im Raum stehen. Damit es konkret wird:

Paul, könnten Sie etwas darüber sagen, was sich im letzten Jahr, ausgelöst durch Jeremy Corbyn, in England ereignet hat? Denn das war ja etwas sehr Erstaunliches. Da hat sich so etwas entwickelt, was Hans-Jürgen Urban die Mosaik-Linke nennt⁴ – und zwar durch das Einfließen von Energien, die lange schon nichts mehr mit Politik zu tun haben wollten, via Internet, Informationstechnologie und soziale Netzwerke, in eine Labour Party, die eigentlich nur noch sehr wenig Sozialdemokratisches hat. Wie kam es dazu, und was für Chancen hat das?

Paul Mason: Also, wir müssen vor allem die – sagen wir – demographische Herausforderung begreifen: die große Zahl der schlecht bezahlten, in prekären Verhältnissen lebenden Menschen, die mit dem Zustand der Welt unzufrieden sind. Das ist überall gleich. 2010 und 2011 gab es große Studentenproteste, die zu Besetzungsaktionen führten – nicht nur durch Universitätsstudenten, sondern auch durch 16-, 17-jährige Schüler, oft aus ärmlichen Verhältnissen. Sie wurden mit dem Polizeiknüppel traktiert und räumten das Feld. Dann kam „Occupy“ und wurde überall nachgeahmt. Ich analysiere in meinem Buch, warum die Sache so einschlug. Alle sprachen darüber – anders gesagt: Dieser Kampf hat einen ideellen Bodensatz hinterlassen, der weiter wirkt.

Vom schottischen Unabhängigkeitskampf zu Jeremy Corbyn

Und dann gibt es Schottland. Ein Land, das so etwas wie eine linksnationalistische Kultur entwickelt hat. Schottland hat eine kulturelle Renaissance durchlaufen, zu der es wahrscheinlich in keinem anderen modernen Land eine Parallele gibt. Es hat seine eigene Literatur entwickelt, populäre Musik eigener Prägung – eine Kultur, die zugleich unverkennbar links ist. Manche sprechen da von Nationalismus, aber es handelt sich ganz einfach um eine entschieden andere Nationalkultur. Jetzt hatten die Schotten ihr Unabhängigkeitsreferendum, das sich zu einem Referendum über den Neoliberalismus entwickelte. Dessen Reaktion war drakonisch: Alle staatlichen Einrichtungen und die herrschenden Medien schlugen plötzlich einen scharfen Antiunabhängigkeitskurs ein, es gab einen organisierten Ansturm auf das Pfund. Im Ergebnis wurde den Menschen klar – so also geht der Staat mit dir um, bloß weil du versuchst, dein Recht wahrzunehmen.

Das Problem war, dass die Labour Party sich in dieser Sache total mit dem Staat verbündet hat. Woraufhin sie natürlich bei jeder nachfolgenden Wahl in Schottland untergegangen ist. Und wenn es am 5. Mai zu Neuwahlen kommt, kann es durchaus passieren, dass Labour keinen einzigen Direktkandidaten durchbringt. Möglicherweise kommt sie überhaupt nur noch durch Listenstimmen ins schottische Parlament.

Dann kam Corbyn. Corbyn rechnete nicht mit einem Sieg. Er hoffte, die zweitmeisten Stimmen zu bekommen, um so politischen Bewegungsspiel-

⁴ Hans-Jürgen Urban, Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: „Blätter“, 5/2009, S. 71-78.

raum zu schaffen – ganz ähnlich wie jetzt Bernie Sanders –, also um innerhalb einer alten Partei Platz zu schaffen für einen neuen politischen Radikalismus. Doch die Strukturen dieser alten Partei waren so morsch, dass nur eines passieren musste: eine Fehlkalkulation der Parteiführung, nämlich jedermann eine Stimme zuzugestehen. Der Grund dafür, dass die Parteiführung jede und jeden mitstimmen ließ, war ihre Hoffnung, dadurch das Stimmgewicht der Gewerkschaften aushebeln zu können. Die hielt man nämlich für zu linksorientiert. Wenn man aber eine Menge netter Mittelschichtleute mitstimmen lässt – so das Kalkül –, wird die zentristische Option gewinnen. Doch stattdessen entschieden die Leute sich für die am weitesten links stehende Option, die sie finden konnten.

Corbyn stammt gar nicht aus dieser Bewegung. Einige der Positionen, die er vertritt, verbanden ihn in seiner Entwicklung mit der traditionellen harten Linken. Aber für die jungen Leute war nur eines wichtig: Sie wollten jemanden, der authentisch ist. Also wählten sie Corbyn. Jetzt findet sich sein Team innerhalb der Labour Party in einer Art Belagerungszustand wieder. Nur etwa 30 der 150 MPs unterstützen ihn; 30 Abgeordnete sabotieren ihn bewusst, wo immer es geht, und die in der Mitte warten ab, wer gewinnt. In der Parteizentrale können seine Leute sich kaum durchsetzen. Ihr eigentliches Hauptquartier befindet sich im Parlament, und wer arbeitet dort? Studentische Teilnehmer der Besetzungsaktionen von 2010/2011. Das ist die Lage, ziemlich angespannt.

Das ganze Land befindet sich in einer angespannten Situation. Unserer gesamten Stahlindustrie droht das Aus, weil ihr Eigentümer, der indische Tata-Konzern, sich aus Großbritannien zurückzieht. Die Konservativen haben hier total versagt. Die Sache ist aber noch nicht ausgestanden. Was macht Corbyn? Erst greift er auf ein Rezept der alten Sozialdemokratie zurück: Wenn etwas zusammenbricht, muss man es verstaatlichen! Aber dann zeigt er sich bereit, sich die weniger orthodoxen Lösungsvorschläge anzuhören, die in diesem Fall von einer linksnationalistischen Partei kommen: Vorschläge zur Mutualisierung, zur Überführung in Gemeineigentum. Da gibt es also zwei Dinge, die neu sind: Corbyn und seine Leute hören sich Vorschläge zur Vergemeinschaftung an – die sie möglicherweise nicht umsetzen müssen – und sind zugleich bereit, zu verstaatlichen. Was passiert? Jedermann in Großbritannien – nicht nur die Arbeiter in der Stahlindustrie und in der Arbeiterbewegung allgemein, sondern jede und jeder im Lande merkt plötzlich, da ist jemand, der etwas für uns tun will. Wenn uns so etwas zustößt, wird dieser Typ uns verteidigen.

Wissen Sie, die Sozialdemokratie könnte sich ziemlich mühelos erneuern. Alles, was sie dafür tun muss, ist, sich die idiotische Idee aus dem Kopf zu schlagen, dass der Markt alle Probleme lösen kann. Und dann, wie Corbyn es tut, Wissenschaftler und Sachverständige zu fragen: „Okay, wenn nicht der Markt die Antwort ist, sagt mir, worin sie besteht.“ Die Antwort findet sich häufig bei Wissenschaftlern, Journalisten, Experten – bei Leuten, denen man zu selten zuhört. Die grüne Bewegung, die Umweltbewegung hört sich alles an. Aber unsere Bewegung ist noch ziemlich fragil. Ich bin Mitglied

der Labour Party. Ich würde mich selbst als radikal linkes Labour-Mitglied bezeichnen. Kann sein, dass die Sache nicht funktioniert. Kann sein, dass die Rechte die Kontrolle über die Partei zurückgewinnt. Aber selbst wenn es so kommt, haben wir zwei millionenstarke Gewerkschaftsverbände, die ganz einfach sagen werden: Genug ist genug! Und dann wird es eine britische Syriza geben.

Mathias Greffrath: Wie sieht es denn bei den Londoner Buchmachern aus: Würden Sie auf einen Sieg im Jahr 2020 wetten?

Paul Mason: Also ich denke, der Brexit ist das Problem. Der EU-Austritt ist eine reale Möglichkeit. Er könnte kommen. Es gibt sowohl eine linke als auch eine rechte EU-Kritik. Ich selbst bin momentan unschlüssig. Ich bin nicht hundertprozentig sicher, ob ich für den Verbleib eintreten soll. Die Auseinanderentwicklung geht inzwischen so weit – Cameron hat ja schon für Britannien verhandelt –, dass man kaum noch weiß, was überhaupt Bestand hat. Wenn ich nur daran denke, was in Schottland passiert ist... Letzte Woche hat der britische Staat da ein radikales Verzweiflungsangebot gemacht, um Schottland im Vereinigten Königreich zu halten. Das hat irgendwie funktioniert. Und ich fürchte, im Juni, wenn das Referendum abläuft, werden der Europäische Rat oder die Kommission ihrerseits ein Verzweiflungsangebot machen und vorschlagen, das Sozialkapitel (im Vertrag von Maastricht) zu zerreißen. In diesem Fall wäre der EU-Verbleib für uns gegenstandslos. Es könnte also im Juni/Juli zu einer totalen Regierungskrise in Großbritannien kommen. Und der IWF droht bereits, nebenbei gesagt, diese Krise zum Anlass dafür zu nehmen, Griechenland erneut in die Pfanne zu hauen. Denn da haben sie wieder eine Hebelwirkung: Chaos in Großbritannien und Chaos in Griechenland als Druckmittel gegen Merkel, wenn sie den Griechen Erleichterungen gewährt.

Deshalb denke ich, dass Corbyn früher bereitstehen muss. Leute wie ich sagen seit langem, wir müssen das Bündnis mit der Parteimitte sobald wie möglich wieder aufbauen. Träumt nicht davon, sie schlagen zu können oder alle aus der Partei zu treiben. Ihr müsst vielleicht kompromissbereiter sein, weil wir vielleicht früher Wahlkampf führen müssen.

Mathias Greffrath: Das klingt so, als sei es eine Situation, von der wir in Deutschland zumindest noch etwas entfernt sind. Aber noch einmal zur Postkapitalismus-Debatte und zu Friederike Habermann.

Friederike Habermann: Ich glaube, es greift zu kurz, wenn man sich nur die wirtschaftlichen Zusammenhänge anguckt. Nur so kann man meines Erachtens wie Paul Mason Postkapitalismus denken und dabei glauben, dass das heutige Wirtschaftswachstum, was ja auch Zwangswirtschaftswachstum ist, aufrechterhalten und sogar noch gesteigert wird.

Ich verstehe meine Aufgabe dagegen darin, nach Veränderungen in der Gesellschaft zu schauen. Da erkenne ich durchaus Ansätze anderen Wirtschaftens in sozialen Bewegungen, aber auch im Alltag von ganz vielen Menschen, die die Tauschlogik überwinden und damit die Nullarbeitsgesellschaft vorbereiten. Der Anthropologe David Graeber hat sehr schön gezeigt, dass der Tauschgedanke sehr jung und an die Lohnarbeit geknüpft ist. Wenn

sich die Arbeit auflöst, löst sich auch der Glaube an den Tausch auf – wenn wir nämlich entdecken, dass wir das, was wir tun, deshalb tun, weil wir es wirklich tun wollen, weil wir es wichtig finden, und dass wir uns da organisieren können, wo wir uns organisieren wollen, ohne erst mal alle anderen auskonkurrieren zu müssen, sondern dass wir im Gegenteil sogar auf dem aufbauen können, was andere machen.

Es gibt neben vielen anderen ein ganz einfaches Beispiel, bei dem man sieht, wie diese Logik sich durchsetzt: In Deutschland, oder auch in Österreich, gibt es heute in jeder kleineren Stadt öffentliche Bücherschränke, wo die Leute ihren Krimi hinbringen, nachdem sie wissen, wer die Mörderin ist – eben weil sie nicht einsehen, dass das Buch nur deshalb bei ihnen herumstehen soll, weil es ihr Eigentum ist. Diese Logik setzt sich mehr und mehr durch. Und sie ist nicht mit Wachstum zu vereinbaren, sondern sie löst das Wachstumsproblem auf ökologischer Ebene.

Mathias Grefrath: Mich erinnert das ein bisschen an den Einwurf von Frank Rieger vorhin, der sagte, wir werden vielleicht einfach für die Notzeiten, also für die schlimmen, die Krisenzeiten, dem Kapitalismus etwas anzubieten haben müssen, damit wir den Menschen eine Überlebenschance verschaffen. Meine Vermutung ist, dass die Überwindung der Tauschlogik bis auf weitere Zeit für derartige Notfälle, also nach Katastrophen usw., eine Rolle spielen wird, aber als gesellschaftlichen Gesamtzustand kann ich es mir im Augenblick nicht vorstellen.

Friederike Habermann: Ich glaube, dass es darauf ankommt, die kapitalistischen Logiken aufzubrechen oder zumindest zu verschieben – wenn wir vermeiden wollen, dass es genau dieses „Monster“ gibt, das am Anfang angesprochen wurde. Natürlich kann auch ich mir einen Kapitalismus vorstellen, der nur noch gewisse Leute einbindet, der verbunden ist mit feudalen Verhältnissen und mit ein bisschen *Sharing* zur Befriedung der prekären Massen. Wenn wir aber wirklich eine emanzipatorische Gesellschaft erreichen wollen, dann müssen wir an der kapitalistischen Logik ansetzen. Und das müssen wir jetzt tun und nicht erst in hundert Jahren.

Frank Rieger: Ich will hier auch noch einmal anknüpfen. Tatsächlich ist es jetzt unsere Aufgabe, Alternativen zu bauen und auszuprobieren. Wir haben die Werkzeuge, wir wissen, dass die Technologie verfügbar sein wird, und wir können absehen, dass die Krisen des Kapitalismus in Zukunft nicht weniger werden. Deshalb ist die Frage nach dem ganz praktischen Bau von Alternativen, die in sich und untereinander wirtschaftlich tragfähig sind, die entscheidende. Denn eines der Probleme, das wir in der Postmoderne haben, ist, dass die Menschen nicht mehr an große Ideen glauben. Das heißt: Wer auch immer eine große neue Idee postuliert, wird nur dann überzeugen, wenn er oder sie zeigen kann, dass die Idee auch funktioniert, weil es praktische Beispiele gibt: Kommunen, Genossenschaften oder was auch immer, bei denen die Leute glücklich sind und ein schönes, gutes Leben haben, bei dem sie sagen können: „Okay, hier geht es mir echt viel besser. Ich verdien' zwar nicht so viel wie du in deinem Hamsterrad-Job, aber mir geht's hier gut, ich hab', was ich brauche, ich hab' hier Freunde, ich arbeite mit Menschen,

mit denen ich gerne arbeite – komm doch auch her!“ Das ist das, was wirkt. Was dagegen nicht wirkt, ist, eine große neue Utopie einfach so an die Wand zu malen, weil daran ohnehin niemand mehr glaubt. Das ist auch eines der Dinge, die der Neoliberalismus kaputtgemacht hat.

Mathias Greffrath: Und die Herausforderung wäre, solche Modelle zu entwickeln, die auch für den Busfahrer, die Kassiererin und den Angestellten attraktiv sind und nicht nur, ich sag's mal etwas böswillig, für Kulturwissenschaftler?

Frank Rieger: Ja, natürlich. Gucken wir uns nur an, wo gerade am meisten passiert: Wo sind die Genossenschaften und Kommunen, die tatsächlich funktionieren? Die gibt es heute in ganz vielen Bereichen. Das fängt an bei der Bio-Landwirtschaft, den üblichen Landkommunen, geht aber bis zu Hightechunternehmen, die anfangen, Produkte nachhaltig zu bauen, die ihre Firma genossenschaftlich organisieren, die mit ihren Lieferanten und Händlern in einem kooperativen System zusammen- statt gegeneinander arbeiten. Also, all diese Methoden entwickeln sich gerade, die Vernetzung ist insbesondere in Deutschland auch ziemlich gut. Und dabei hilft die Digitalisierung ganz erheblich, weil wir nun die Möglichkeit haben, auch mit Menschen, die am anderen Ende des Planeten sitzen und dieselben Gedanken haben, zu kommunizieren, und auch Menschen zu finden, die in der Lage sind, Probleme zu lösen, in die wir selber laufen würden, weil wir sie möglicherweise gar nicht kennen.

Radikaler Reformismus und die Vision vom guten Staat

Mathias Greffrath: Es gibt noch einen weiteren Punkt, auf den ich gerne kommen möchte. Ich finde, fast das Radikalste an Paul Masons Buch ist das Wort „Radikaler Reformismus“ – das haben wir lange nicht mehr gehört. Und zweitens, sein Konzept vom „guten Staat“. Und zwar von einem Staat, der auf allen Ebenen innovativ tätig wird, der vielleicht das Zentralbankgeld auch selbst in die Hand nehmen kann, um positive Innovationen in Gang zu setzen oder, in Ihrem Sinne, Genossenschaften zu unterstützen. Von einem solchen Staat können wir ja im Augenblick, lieber Hans-Jürgen Urban, nur träumen – und auch von einer solchen Partei und einer Gewerkschaft, die sich dafür einsetzt. Dazu gehört ja auch, dass dieser Staat, der „*caret*“, der sich kümmert, nicht nur Strukturen ermöglicht, wie Frau Habermann sie jetzt feministisch und vom Reproduktionssektor her benannt hat, sondern dass er sich auch um die *Commons* kümmert, etwa auf der Ebene von Patenten und von technologischen Infrastrukturen. Ein solches modernes Bild von einem Staat: Wäre das der „Projektplan“ – um wieder ein Wort von Paul Mason zu benutzen –, unter dem sich diese ganzen verschiedenen Linken irgendwie einigen könnten? Oder ist selbst diese Einigung im Augenblick eine Utopie, wenn man mal realistisch um sich schaut und die Zeitung liest?

Hans-Jürgen Urban: Also, ich möchte keinen einzigen ablehnenden Ton gegen genossenschaftliche Geschäftsmodelle oder andere Formen nicht-

profitorientierter Organisation von Wirtschaften und Leben aussenden. Sie sind positiv und können unverzichtbar sein – ich selbst kaufe meine Bücher aus diesen politischen Gründen in der Frankfurter Karl-Marx-Buchhandlung, einem der überlebenden Betriebe aus dieser Tradition. Diese Unternehmungen sind wunderbar, denn sie vermitteln eine Ahnung davon, wie es sein könnte. Politisch-strategisch wird es allerdings problematisch, wenn diese Projekte mit der Erwartung überfrachtet werden, als könnte man allein durch die Ausbreitung solcher Betriebe mehr oder weniger friedlich in die postkapitalistische Gesellschaft hineinwachsen. Bereits Marx hat vor dieser optimistischen Überfrachtung gewarnt. Tatsächlich sind Genossenschaften in vielen Bereichen entweder exklusiv geblieben oder dann doch dem Verwertungsdruck der kapitalistischen Konkurrenz erlegen. Deswegen: Auch beim Übergang in eine andere Ökonomie braucht es Politik und braucht es den Staat. Und daher gefällt mir an Masons Ansatz, dass er nicht jener, in der linken Debatte durchaus verbreiteten Tendenz nachläuft, die da lautet: „Dieser Staat ist mir so unappetitlich, ich will damit nichts zu tun haben, ich sperre ihn einfach aus meinen Politikkonzepten aus“.

Wenn dem aber so ist, dann müssen wir auch um den Staat und die politischen Akteure, auch um die Parteien kämpfen. Und deswegen ist es richtig, so viel Optimismus man dafür auch braucht, um die Sozialdemokratie, um die linken Parteiformationen und auch um die parteiförmig organisierten Grünen zu kämpfen. Kein Zweifel, der Druck muss aus der Gesellschaft kommen, muss von Bewegungen, Organisationen und Persönlichkeiten ausgehen. Aber irgendwann braucht es auch Gesetze, irgendwann braucht es auch Haushalte, irgendwann braucht es auch verbindliche kollektive Entscheidungen, die den Transformationsprozess in Gang setzen, steuern und managen. Und das geht auf absehbare Zeit nicht ohne staatliche Institutionen und Parteien. Dazu passt auch die Idee der Mosaik-Linken. Paul Masons Gedanke modularer Projekte ist da sehr instruktiv. Er setzt auf Dezentralität, auf Selbstorganisation und kleinere Einheiten. Und die Idee der Mosaik-Linken war ja, dass unterschiedliche Akteure, die vom Prinzip der Selbstorganisation herkommen, sich in ihren je eigenen Sphären profilieren und stark machen, um sich dann, als Mosaiksteine oder eben als Module, ausgestattet mit dieser Kraft, zu einem heterogenen gesellschaftspolitischen Mosaik zusammenzuschließen. Auch um neue Formen einer Kooperation der autonomen Akteure, die die Parteien einschließen, zu erproben. Die Debatte wird in der Linken ja erfreulich intensiv geführt, nicht zuletzt in den „Blättern“, aber auch anderswo. Paul Masons Buch, und vor allem sein Modul-Gedanke, könnten ein wunderbarer Anstoß sein, diese Diskussion weiterzuführen.

Mathias Greffrath: Zum Abschluss noch eine Frage an Paul Mason, Stichwort Grundeinkommen. An einer Stelle in ihrem Buch, aber auch in Ihrem Vortrag klingt es so, als sei das der zentrale Schlüssel. Aber könnte dieser Schlüssel nicht auch gefährlich sein? Oder was muss noch dazukommen, damit es überhaupt wirklich einer ist?

Paul Mason: Also für mich ist das Grundeinkommen ein wichtiger Bestandteil des Projekts, weil es die Einmal-Subventionierung für die Auto-

matisierung der Welt darstellt. So sehe ich das. Es gibt allerdings noch Komplikationen. In Utrecht macht man jetzt einen Praxisversuch, der am 1. Januar 2017 anläuft und einige tausend Leute einbezieht. Wir müssen energisch an der Modellierung arbeiten, sowohl agentenbasiert als auch in Echtzeitmodellierung mit wirklichen Menschen. [Einwurf Frank Rieger: Und es erproben!] Ja, und es erproben, wie in Utrecht. Dort wird man es real ausprobieren, aber wir müssen gleichzeitig auch an der Modellierung arbeiten. Es ist nämlich schwierig, die Leute davon zu überzeugen, wenn sie um sich herum so viele desillusionierte oder desorganisierte Arme sehen, die nicht arbeiten. Das ist ein echtes Problem. Wir müssen herausfinden, wie sich die Maßnahme auf diese Menschen auswirkt, und schauen, ob es sie motiviert, zu irgendeiner Form freiwilliger wirtschaftlicher Tätigkeit zurückzufinden.

Grundeinkommen unbedingt, aber nicht im Sinne von Google und Uber

Silicon Valley drängt gerade auch auf die Einführung eines bedingungslosen Basiseinkommens, aber aus einem anderen Grund: Denen ist klar, dass beispielsweise Uber letztlich nur eines bewirken wird, nämlich die Verelendung der Leute, die sich darauf einlassen. Sie möchten aber, dass diese Leute ihr eigenes Auto kaufen können, und deshalb brauchen sie ein Grundeinkommen. Die Sache ist nur die: Uber und Google und ihresgleichen möchten keinerlei Steuern zahlen. Also können wir deren Modell nicht unterstützen.

Ich fetischisiere allerdings das Grundeinkommen durchaus nicht, denn ich stimme dem zu, was eben jemand hier sagte: Es muss ein Kontinuum – einen lückenlosen Zusammenhang – zwischen den Dingen geben, die man selbst tun kann, den Dingen, die nur der Staat tun kann, und den Dingen, die dazwischen liegen. Sie haben Recht: Bei der Ultralinken bin ich unbeliebt, weil ich den Staat wieder ins Gespräch gebracht habe. Aber ich behaupte keineswegs, dass der Staat alles regeln kann. Meine Sympathie gilt den „Obleuten“. Mein Herz schlägt für die Lassallesche Arbeiterklasse. Für das, was die geleistet haben... Lassalles Bewegung gab es ja auch nicht nur in Deutschland, es gab sie in den deutschen Communities in Amerika und in aller Welt. Genossenschaften zu bilden, reicht nicht, war ihre Devise. Der Staat muss sie unterstützen und ihnen Kredit geben. Doch das war nicht einmal die größte Errungenschaft Ferdinand Lassalles. Sie bestand in den Schulen und Sportstätten, den Banken, den Kindergärten und den Büchereien, die die Lassalleschen Arbeiter schufen, während sie sich um beide Enden des Kontinuums kümmerten: Sie kümmerten sich auch um die Dinge dazwischen, und diese Einrichtungen bedeuten mehr als Kampfformen – es sind Institutionen. Einige davon bestehen sogar heute noch, in einer Stadt wie Chicago beispielsweise. Wir schlagen uns also mit den gleichen Problemen herum wie die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts – allerdings mit einem Smartphone in der Tasche. Die eigentliche Lektion besteht in der Verbindung zwischen Eigentätigkeit und staatlichem Handeln – wie finden wir so etwas in der heutigen Zeit?

Mathias Greffrath: Lassalle würde sich wahrscheinlich freuen über diese späte Laudatio – Lassalle mit IT-Unterstützung und iPhone. Was für eine schöne Hoffnung, dass man mit der Erinnerung an die Geschichte der Arbeiterbewegung jungen Menschen noch auf irgendeine Weise etwas sagen kann, wenn man den richtigen Transformations- oder Übersetzungsmechanismus findet.

Als ich Paul Masons Buch las – und das ist jetzt mein Schlusswort – habe ich mich gefragt, wie ein Buch ausgesehen hätte, das um 1750 mit dem Titel „Postfeudalismus“ erschienen wäre? Das hätte enthalten müssen: eine Analyse und Kritik der Herrschaftsverhältnisse und der ökonomischen Bedingungen, ein Arsenal der Techniken, die wir in Zukunft brauchen würden, eine Vorstellung der politischen Institutionen und ein paar Annahmen über die Beschaffenheit des Menschen, der so etwas in Gang setzen kann.

Es gab in der Tat ein solches Buch, das 1751 erschienen, es hatte mehr als einen Band, hieß „Encyclopédie“ und fand weite Verbreitung. Es war keine ausgepinselte Utopie, sondern ein Werkzeugbuch, ein modulares Buch, ein Baukasten. Es hat 40 Jahre gedauert, bis es gewisse Resultate gezeitigt und Parolen erzeugt hat, und dann hat es 200 Jahre gedauert, bis das, was in diesem Buch als Möglichkeit drin war, seine vollendete Gestalt gefunden hat, unter der wir jetzt leiden.

Diesmal wird es, schon wegen der äußerlichen Schocks, die Sie alle ja an die Wand gemalt haben, schneller gehen müssen. Aber stellen wir uns alle auf eine Zeit der Unordnung ein und auf Möglichkeiten verschiedenster Art – einige sind hier angeklungen. Behalten Sie also einen langen Atem. Paul Mason hat von 100 Jahren gesprochen. Aber die haben jetzt begonnen. Kommen Sie gut nach Hause.